

**Ausgabe Nr. 19 / 28.10.2005**

## *In aller Kürze*

➤ Mit dem langfristigen Rückgang und der Alterung der Bevölkerung wird in Deutschland auch deren erwerbsfähiger Teil schrumpfen, und zwar überproportional.

➤ Wird nicht gegengesteuert, so ist insbesondere in den neuen Bundesländern mit einem dramatischen Einbruch zu rechnen. Dies verheißt für die aktuell schon kriselnde ostdeutsche Wirtschaft auch in ferner Zukunft wenig Gutes.

➤ Denn für ein prosperierendes Gemeinwesen sind genügend Bürger und Arbeitskräfte unentbehrlich, da wirtschaftliche Dynamik auch hinreichend viele Produzenten und Konsumenten voraussetzt.

➤ Da von einer Steigerung der Geburtenrate auf mittlere Sicht keine Wunderdinge zu erwarten sind, bleibt nur die Förderung der Zuwanderung von In- und Ausländern. Ostdeutschland muss attraktiver werden.

*Autor/in*

**Johann Fuchs  
Doris Söhnlein**

## *Langfristprojektion bis 2050*

# Dramatischer Rückgang der Bevölkerung im Osten

*Halten die derzeitigen Trends an, wird die Erwerbsbevölkerung in Ostdeutschland bis zum Jahr 2050 um über 50 % sinken – Darauf muss sich auch die Arbeitsmarktpolitik einstellen*

**Die aktuelle Bevölkerungsprojektion des IAB zeigt, dass ohne Trendumkehr der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern bis zum Jahr 2050 geradezu dramatisch verlaufen werden. Dabei sinkt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren<sup>1</sup> sogar überproportional und wird damit die wirtschaftliche Dynamik zusätzlich bremsen.**

### **Immer weniger**

Bei einem Rückgang um mehr als 50 Prozent ist "dramatisch" wohl der treffende Begriff (*siehe Abbildung 1*). Die gleiche Tendenz ist zwar auch in den alten Bundesländern festzustellen, fällt aber dort mit ungefähr 25 Prozent Abnahme in der IAB-Projektion sehr viel schwächer aus.

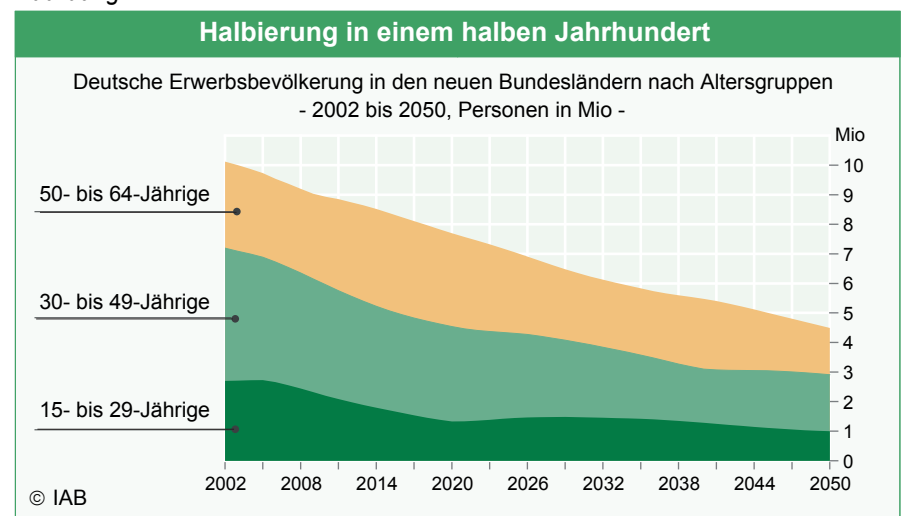
In den neuen Ländern sinkt die Zahl der Deutschen im erwerbsfähigen Alter von heute über 10 Millionen bis zum Jahr 2050 auf ungefähr 4,5 Millionen und

damit auf unter 50 Prozent des Ausgangsbestandes.<sup>2</sup> Im Westen geht die Zahl der 15- bis 64-Jährigen von derzeit 40 Millionen auf ca. 30 Millionen zurück, abhängig von der Außenwanderung und der Einbürgerung von Ausländern.

<sup>1</sup> Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (auch: Erwerbsbevölkerung) wird üblicherweise auf das Altersintervall 15 bis 64 Jahre bezogen. Natürlich gibt es auch Personen höheren Alters, die noch erwerbstätig sind.

<sup>2</sup> Dem liegt die Annahme zugrunde, dass im Osten weder die Einbürgerungsquote noch der dafür erforderliche Ausländeranteil auf Westniveau steigen.

**Abbildung 1**



Wie sich zeigt, ist die Bevölkerungsentwicklung in den neuen Ländern primär nicht der Abwanderung Ostdeutscher in den Westen zuzuschreiben: Ganz ohne Wanderungen fällt nämlich der Rückgang der Erwerbsbevölkerung kaum schwächer aus. Im Jahr 2050 wären es nur etwa 300.000 Personen mehr, also 4,8 Millionen. Die vergleichsweise moderate Abwärtstendenz im Westen ist mit der Zuwanderung zu erklären, die dort die Bevölkerungsentwicklung stützt.<sup>3</sup> Würde man die westdeutsche Bevölkerungsentwicklung ganz ohne Zuwanderung projizieren, so würde die Zahl der Deutschen im erwerbsfähigen Alter auch im Westen um 40 Prozent schrumpfen, von fast 40 Millionen in 2002 auf gut 24 Millionen in 2050.

Der Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung der Deutschen geht in den neuen Ländern von derzeit über 70 Prozent bis 2050 auf gut 50 Prozent zurück. Damit sinkt die Zahl der 15- bis 64-Jährigen stärker als die der Bevölkerung insgesamt. Diese reduziert sich von 14,5 Millionen heute auf 8,8 Millionen in 2050, also um 40 Prozent.

### Immer älter

Die Altersstruktur wird sich dabei auch deutlich ändern (**Abbildung 1**). Die demografische Entwicklung vermindert in Ostdeutschland vor allem die Zahl der Jungen (15 bis 29 Jahre) und die mittlere Altersgruppe (30 bis 49 Jahre). Die Zahl von 2,7 Millionen 15- bis 29-jährigen Ostdeutschen im Jahr 2002 halbiert sich nach der Projektion bis 2020. Bis 2050 sinkt sie sogar auf unter eine Million.

Bei den 30- bis 49-Jährigen sieht die Entwicklung zunächst nicht so dramatisch aus. Im Jahr 2050 aber könnte ihre Zahl nur noch 1,9 Millionen betragen, während es 2002 fast 4,5 Millionen waren.

Der Anteil der Älteren (50 bis 64 Jahre) an der Erwerbsbevölkerung

steigt von knapp 30 Prozent in 2002 zeitweilig auf über 40 Prozent, obwohl auch ihre Zahl abnimmt. Der Rückgang von 2,9 auf 1,6 Millionen ist aber deutlich geringer als bei den Jüngeren.

### Die Ursache

Der wesentliche Grund für diese stark negative Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland ist der Geburtenausfall nach der Wende. In der ehemaligen DDR konnte der sich abzeichnende Rückgang durch familienpolitische Anreize (z.B. kürzere Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und mehr Urlaub für Mütter) zeitweise aufgehalten werden (Dorbritz/Fleischhacker, 1995). Mit der Wende hat sich die Geburtenrate aber fast halbiert. Als Ursachen werden unter

anderem die ökonomische Unsicherheit und die Angleichung der Verhaltensmuster von Ost und West genannt (Dorbritz, 1997).

Wie man aus **Abbildung 2** entnehmen kann, signalisiert die Geburtenzahl – trotz einer leichten Erholung – immer noch keine Trendwende. Von einem „Nachholen“ der ausgefallenen Geburten, wie bis vor einiger Zeit noch denkbar, kann inzwischen nicht mehr die Rede sein (Dorbritz, 2004). Dazu dürften auch die schwierigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt beigetragen haben, derentwegen Kinder zum Existenzrisiko werden können (Beck-Gernsheim, 1997).

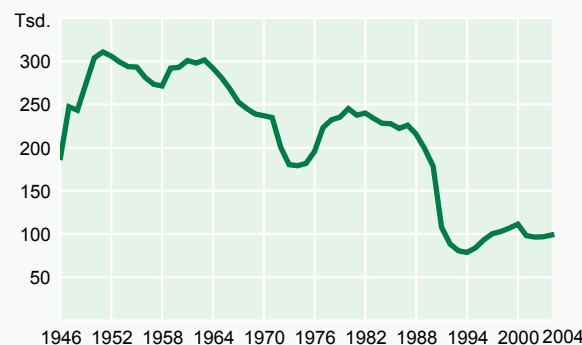
Die fehlenden Geburten machen sich nach und nach auch am Arbeitsmarkt bemerkbar. Wie **Abbildung 2** zeigt, lag die Zahl der Geburten bis zur Wende bei ca. 200.000. Demnach kamen zwischen 1990 und 2005 jährlich rund 200.000 junge Menschen (15-jährig) zur Erwerbsbevölkerung hinzu. Ab 2005 werden es nur noch etwa 100.000 sein, die seit der Wende pro Jahr geboren wurden.

Absehbar ist damit, dass sich die Zahl der jüngeren Erwerbsfähigen in den kommenden Jahren ebenfalls halbieren wird und – trotz leichter Erholung – langfristig weit unter dem früheren Niveau bleiben dürfte (vgl. **Abbildung 3**). Daran könnten nach unserer Einschätzung nur noch umfangreiche Zuzüge junger Menschen etwas ändern oder ein sehr schneller und sehr starker Anstieg der Geburtenzahl.

Abbildung 2

#### Seit der Wende bleibt der Nachwuchs aus

Entwicklung der Geburtenzahl in den neuen Bundesländern  
- 1946 bis 2004, in Tausend -



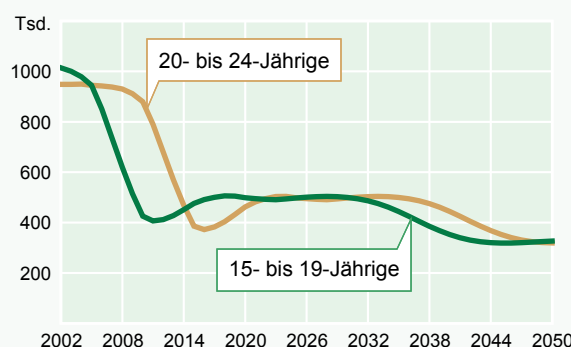
Anmerkung: Ab 2001 ohne Berlin Ost, da Daten nicht mehr verfügbar

© IAB

Abbildung 3

#### 15 Jahre nach der Wende schlägt der Geburtenrückgang auf dem Arbeitsmarkt durch

Junge Deutsche in den neuen Bundesländern  
- 2002 bis 2050, Personen in 1.000 -



© IAB

<sup>3</sup> Zu den Deutschen zählen auch Eingebürgerte. Der Westen profitiert deshalb von einer höheren Zahl an Einbürgerungen, die ihrerseits von dem im Westen deutlich höheren Ausländeranteil abhängen. Dazu kommt noch die Zuwanderung aus den neuen Ländern (vgl. auch den Kasten zum Projektionsmodell auf Seite 3 des Kurzberichts).

## Konsequenzen für das Angebot an Arbeitskräften

Die Bevölkerungsprojektion legt eine wichtige Grundlage für eine Vorausschätzung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonenpotenzial). Dieses wird bestimmt aus den beiden Komponenten Erwerbsbevölkerung und Erwerbsquote<sup>4</sup>. Zwar ist auch der Einfluss der Erwerbsquote auf das Arbeitsangebot zu beachten, gerade im Osten wird aber in Zukunft die Bevölkerungsentwicklung der dominierende Einflussfaktor sein.

Wegen der demografischen Entwicklung wird in den neuen Ländern das Erwerbspersonenpotenzial der deutschen Bevölkerung in den nächsten Jahren dramatisch sinken und zugleich altern (Fuchs/Dörfler, 2005). Im Jahr 2004 umfasste das Erwerbspersonenpotenzial dort (inklusive Ost-Berlin) noch rund 8,3 Millionen Personen. Die Projektion ergibt für 2020 eine Zahl von 6,5 Millionen. Danach spitzt sich die Entwicklung dramatisch zu: Die Vorausschätzung für das Jahr 2050 kommt nur noch auf ein Potenzial von 3,7 Millionen ostdeutschen Arbeitskräften.<sup>5</sup>

Zu diesem Arbeitskräfteangebot müsste man noch die Zahl der Ausländer addieren. Wie viele Ausländer künftig nach Ostdeutschland ziehen, lässt sich aber nur schwer einschätzen. Im Jahr 2004 lebten in den neuen Ländern lediglich rund 132.000 Erwerbspersonen ausländischer Nationalität (Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2004). Ohne enorme Zuzüge von Ausländern würde sich an den Vorausschätzungen also wenig ändern.

Ob dieser Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials den Druck vom ostdeutschen Arbeitsmarkt nehmen wird, hängt auch von anderen Faktoren ab: von der Zahl der Arbeitsplätze, der Qualifikation der Arbeitskräfte und anderem mehr. Der Bevölkerungstrend bringt große Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland mit sich (Deutsch u.a.,

<sup>4</sup> Die Erwerbsquote ist der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung.

<sup>5</sup> Würde man sie die Ost-West-Wanderung vernachlässigen, änderte sich dadurch wenig. In 2050 stünden dann etwa 100.000 Erwerbspersonen mehr zur Verfügung.

2004). Zum einen schwächt (in einem neoklassischen Ansatz) ein sinkendes Erwerbspersonenpotenzial das Wachstumspotenzial. Zum anderen verringert der rückläufige Bevölkerungstrend auch die Zahl der Konsumenten und könnte dadurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (auch nach Arbeitskräften) dämpfen. Ein niedrigeres Erwerbspersonenpotenzial löst also das ostdeutsche Arbeitsmarktproblem nicht von selbst.

## Fazit

Die Bevölkerungsprojektion bestätigt die bekannten Tendenzen: Deutschland befindet sich bereits mitten im Prozess des Bevölkerungsrückgangs und der gleichzeitigen Alterung. Dies führt letztlich auch dazu, dass die Erwerbsbevölkerung stärker sinkt als die Bevölkerung insgesamt. Während im Westen die Wanderungen dem entgegenwirken,

spielen sie im Osten bislang keine Rolle. Insbesondere die Altersverteilung für die nächsten Jahrzehnte ist so gut wie vorgegeben.

Sofern sich nichts Gravierendes an den Geburtenziffern ändert, gewinnt der Bevölkerungsrückgang in den kommenden Jahren an Stärke und hält über den Projektionszeitraum hinaus an. Wer dies angesichts der hohen Arbeitslosigkeit im Osten für den Silberstreif am Horizont hält, sollte bedenken, dass wirtschaftliche Dynamik auch genügend leistungsstarke Arbeitskräfte benötigt.

Notwendig wäre eine rasche und kräftige Erhöhung der Geburtenrate. Dies ist aber eher unwahrscheinlich und wirkt sich zudem erst langfristig aus. In den neuen Ländern wird man sich darauf einstellen müssen, dass auf kurze und mittlere Frist den Bevölkerungsrückgang nur eine Zuwanderung von In- und Ausländern bremsen kann.

### Das Projektionsmodell

Die IAB-Bevölkerungsprojektion (Fuchs/Söhnlein, 2005) geht davon aus, dass sich der Osten an die günstigeren Sterbe- und Geburtenziffern des Westens angleicht und dass die Wanderung von Ost nach West zurückgeht. Ab dem Jahr 2020 ist im Modell die jährliche Wanderungsbilanz ausgeglichen. Der gesamte Wanderungsverlust der neuen Länder bis 2050 beträgt ca. 450.000 Personen. Für die neuen Länder wurde eine Einbürgerungsquote von drei Prozent angenommen, die damit schon höher ist als bisher.

Die Projektion wurde für Deutsche nach Ost und West getrennt berechnet, bei Ausländern jedoch nur für Gesamtdeutschland. Der Grund dafür ist, dass sowohl die Verteilung der Zu- und Fortzüge auf Ost und West ungewiss ist, als auch die Binnenwanderung von Ausländern. Die Ergebnisse hier gelten deshalb nur für die deutsche Bevölkerung.

### Demografische Hintergrundinformationen

Die Geburtenzahl in den neuen Bundesländern ist seit der Wiedervereinigung konstant niedrig. Auch zuletzt wurden weniger als 100.000 Geburten gezählt.\* Um den Bevölkerungsbestand zu halten, müssten es aber ungefähr doppelt so viele sein.

Zwischen 1991 und 2003 sind insgesamt über 750.000 mehr Menschen von den neuen in die alten Bundesländer gezogen als umgekehrt. Positive Wanderungssalden gab es nur in höheren Altersgruppen (Statistisches Bundesamt, 2003).

Sowohl Zuzüge von Ausländern als auch Einbürgerungen sind im Osten bislang gering. Zwischen 1991 und 2003 sind in die alten Bundesländer durchschnittlich jährlich über 160.000 Ausländer mehr zu- als fortgezogen, im Osten waren es um die 20.000 (Statistisches Bundesamt, 2004a). Bei den Einbürgerungen ist der Unterschied noch deutlicher: Im Zeitraum 2001 bis 2003 fanden nahezu 99 Prozent aller Einbürgerungen im Westen statt (Statistisches Bundesamt, 2004b).

\* Neue Bundesländer ohne Berlin, Zahlen getrennt für Ost- und Westberlin gibt es seit 2001 nicht mehr.

## Literatur

*Jürgen Dorbritz, Jochen Fleischhacker (1995):* Der Übergang von der Bevölkerungs- zur Familienpolitik in den neuen Bundesländern – ein Beitrag zum familienpolitischen Diskurs in Deutschland.

*Jürgen Dorbritz (1997):* Der demographische Wandel in Ostdeutschland – Verlauf und Erklärungsansätze, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 2-3/1997, 239-268.

*Jürgen Dorbritz (2004):* Geburtenentwicklung in Deutschland – Nur Tempoeffekte, aber kein Babyboom, in: BiB-Mitteilungen 02/2004, 10-14.

*Elisabeth Beck-Gernsheim (1997):* Geburtenrückgang und Kinderwunsch – die Erfahrung in Ostdeutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 1/1997, 59-71.

*Johann Fuchs, Katrin Dörfler (2005):* Projektion des Arbeitsangebots bis 2050: Demografische Effekte nicht mehr zu bremsen. IAB-Kurzbericht 11/2005.

*Klaus Günter Deutsch, u.a. (2004):* Perspektiven Ostdeutschlands – 15 Jahre danach. Deutsche Bank Research, Nr. 306.

*Statistisches Bundesamt (2003):* Wanderungssaldo neue und alte Bundesländer 2002 ohne Berlin.

*Statistisches Bundesamt (2004a):* Wanderungsstatistik 2003, Fachserie 1, Reihe 1.2.

*Statistisches Bundesamt (2004b):* Strukturdaten und Integrationsindikatoren über die ausländische Bevölkerung in Deutschland 2003.

## Impressum

### IAB Kurzbericht

Nr. 19 / 28.10.2005

### Redaktion

Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

### Graphik & Gestaltung

Monika Pickel, Elisabeth Strauß

### Technische Herstellung

Hausdruckerei der BA

### Rechte

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des IAB gestattet

### Bezugsmöglichkeit

Institut für Arbeitsmarkt- und

Berufsforschung

D-90327 Nürnberg

telefonisch: 0911/179-3025

online: [www.iab.de](http://www.iab.de)

**IAB im Internet:** <http://www.iab.de>

Dort finden Sie unter anderem auch

diesen Kurzbericht im Volltext zum

Download

### Rückfragen zum Inhalt an

Dr. Johann Fuchs, Tel. 0911/179-5216,

Doris Söhnlein, Tel. 0911/179-5484 oder

e-Mail: [vorname.name@iab.de](mailto:vorname.name@iab.de)

ISSN 0942-167X